

Schwedens Ex-Ministerpräsident Ingvar Carlsson fordert einen weiteren Ausbau der UNO Mit der Weltregierung in eine rosige Zukunft

HAMBURG

JF-INTERVIEW

Im Vorfeld der diesjährigen UN-Versammlung tagte vom 25. bis 27. September die „Commission on Global Governance“ (CGG). Mitglieder dieser Kommission für Globale Regierungsformen sind u. a. der Präsident der EG-Kommission Jacques Delors, der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, sowie der ehemalige UNCED-Generalsekretär und kanadische Industrielle Maurice Strong. SMS sprach mit dem CGG-Vorsitzenden Ingvar Carlsson, Ex-Ministerpräsident von Schweden und Vorsitzender der schwedischen Sozialdemokraten.

Herr Carlsson, was für ein Gebilde ist die CGG und wie entstand sie?

CARLSSON: Die Kommission entstand Ende 1992 aus der „Stockholm-Initiative für Globale Sicherheit und Regierbarkeit“ von Willy Brandt. Mitte April 1991 trafen sich dort 36 Persönlichkeiten der Weltpolitik. Das Resultat wurde als Memorandum unter dem Titel „Gemeinsame Zukunft in den 90er Jahren“ veröffentlicht.

Schon wieder eine Kommission mehr? Was sind denn ihre besonderen Ziele?

CARLSSON: Sie mögen recht haben. Nach Ende des Kalten Krieges herrscht, nicht nur bei den Politikern, eine allgemeine Ratlosigkeit, wie es nun weitergehen soll. Wir brauchen ein übernationales Krisenmanagement, und wir müssen infolgedessen über globale Regierungsformen nachdenken, um dieses Management demokratisch zu legitimieren. Und genau dies sollte die Aufgabe einer unabhängigen aber sachlich kompetenten Kommission sein.

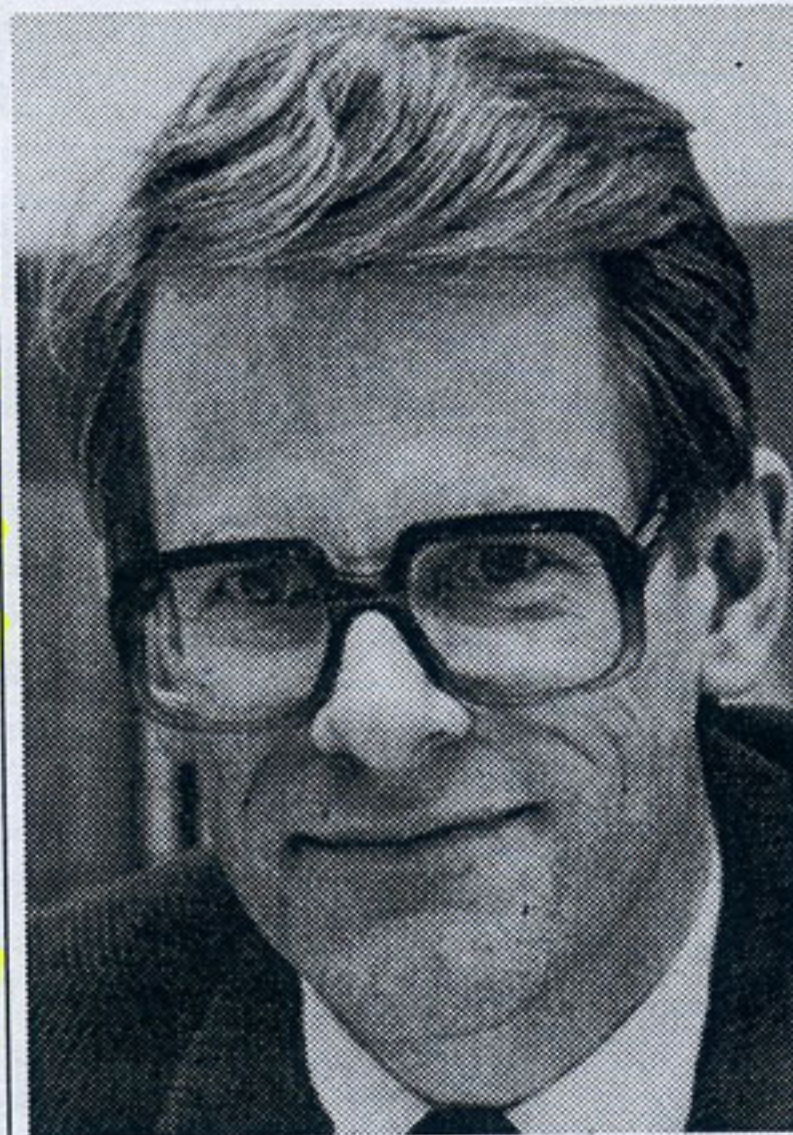
Das klingt ja großartig angesichts des offensichtlichen Scheiterns der UNO in Somalia, Kambodscha und Ex-Jugoslawien!

CARLSSON: Die UNO scheitert ja gerade deswegen, weil sie kein globales Regierungsforum ist und es ihr an demokratischer Legitimation mangelt. Daher empfehlen wir, für 1995 eine UNO-Weltkonferenz zur UN-Charta-Revision nach Artikel 109 einzuberufen. Damit stehen wir nicht allein. Selbst

eine UNO-interne Expertengruppe fordert in ihrer Expertise, daß es an der Zeit ist, über die Definition einer Weltorganisation der dritten Generation nachzudenken.

Wie stellen Sie sich diese neue Organisation vor? Wie kann sie besser demokratisch legitimiert werden?

CARLSSON: Lassen Sie mich ein Beispiel für letzteres erwähnen. Zeitgleich mit unserer Kommission tagte hier in New York auch die CAMDUN-Konferenz für eine demokratischere UNO. Diese wurde von NGOs, also nichtregierungsabhängigen Bürgerorganisationen, initiiert. Wenn wir den Vereinten Nationen, speziell dem Sicherheitsrat, mehr echte Handlungsbefugnisse übertragen wollen, z. B. vorbeugendes Eingreifen durch bei den Mitgliedstaaten auf Abruf bereitstehende UN-Truppen, dann sollten wir auf der anderen Seite die demokratische Kontrolle dieser Machtbefugnisse verstärken. Nach Artikel 22 der Charta ist es möglich, Nebenorgane einzusetzen. Denkbar wäre eine Kontrollinstanz aus NGO-Ver-



Ingvar Carlsson: „Sehr wahrscheinlich kontraproduktiv“

tretern oder Parlamentariern, welche die bisherigen Delegierten der Regierungen ergänzen. Aber diese Erhöhung von Demokratie und Bürokratie kann nur mit einer Erhöhung flexibler und schneller Entscheidungsabläufe einhergehen. Alles andere würde – sehr wahrscheinlich – kontraproduktiv werden.

Bedeutet dies nicht schlicht mehr Macht für die Veto-Mitglieder des Sicherheitsrates?

CARLSSON: Nicht zwangsläufig. In der heutigen Welt werden einzelne Nationen überfordert sein, allein die Rolle eines Weltpolitisten zu spielen. Zumal dies eine meist sehr undankbare Rolle ist. Präsident Clintons Rede vor der UN-Vollversammlung widerspiegelt deutlich die Unzufriedenheit mit einer aufgedrängten „Weltpolitistenrolle“.

Was wäre die bessere Vision?

CARLSSON: Eine weitgehend abgerüstete Welt, in der eine möglichst neutrale UN-Friedenstruppe mit einem eigenen Generalstab nach Artikel 46 und 47 die nationalen Armeen und Weltpolitisten überflüssig macht, und trotzdem Sicherheit vor regionalen Mächtigen-Diktatoren bietet. Die dabei freiwerdenden Gelder könnten weit aus nützlicher für den globalen Umweltschutz, die Kontrolle der Bevölkerungsexplosion und viele notwendige Dinge mehr eingesetzt werden.

Und Sie glauben, die Weltmächte spielen bei diesem Konzept mit?

CARLSSON: Vielleicht muß die Situation erst noch schlimmer werden, bevor echte Veränderungen unter dem Druck der Umstände realisiert werden. Und vielleicht muß die UNO in ihrer jetzigen Form auch erst total versagen, bevor eine neue Organisation der Welt möglich wird.

Wie würden Sie Deutschlands Rolle in einem künftigen Sicherheitsrat sehen?

CARLSSON: Es liegt nicht an mir oder der CGG, speziell Deutschlands Rolle in einem künftigen Sicherheitsrat definieren zu wollen. Aber begrüßenswert ist jede Veränderung, welche die mittlerweile antiquierten Strukturen durchbricht.

Stefan Mögle-Stadel

Originalzitat: Alles andere würde sehr wahrscheinlich kontraproduktiv werden.

Vision einer Weltregierung

UNO-Kommission verlangt eine neue politische Ordnung für die Zukunft der Menschheit

Von HANS-JÜRGEN MÜLLER

Hamburg - Die Welt scheint aus den Fugen. Ein Teil der Menschheit scheint sich auf dem Weg zurück ins Mittelalter zu befinden. Tschetschenien, Bosnien, die Bürgerkriege und Hungernöte dieser Welt. Versinkt die Menschheit in diesem Meer von Gewalt und Elend? Oder gibt es eine Welt von morgen, und wie müßte sie geführt sein? Mit diesen Fragen befaßt sich seit 1992 eine 28köpfige UNO-Kommission. Ihre Erkenntnisse beginnen jetzt in die Weltpolitik einzufließen.

Der Vorsitzende dieser „Weltregierungs-Kommission“ ist der schwedische Ministerpräsident Ingvar Carlsson. In einem eindrucksvollen Vortrag in London legte er dar, daß es ohne eine neue politische Ordnung, die den dramatischen Veränderungen auf der Erde Rechnung trägt, keine bessere Zukunft geben kann. „Globale Nachbarschaft“ lautet das Zauberwort. Das heißt: Die Welt ist heute so klein geworden, daß jede Nation der Nachbar der anderen und demnach auch zur Nachbarschaftshilfe verpflichtet ist.

Denn die Probleme des anderen sind die eigenen. Wirtschaftskrisen, Terrorismus, Epidemien, Klimakatastrophen, Drogenhandel und die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen sind keine Gefahren, vor der eine einzelne Nation die Zugbrücke hochziehen kann. Sie bedrohen die Menschheit weltweit. Und nur Ordnungsstrukturen im Weltregierungsformat können sich erfolgreich mit diesen Bedrohungen auseinandersetzen.

Das führt sofort zu einem äußerst heiklen Punkt, der gerade in den letzten Monaten im Tschetschenien-Konflikt eine Rolle gespielt hat. Die Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ eines souveränen Staates. Carlsson ist der Ansicht, daß jetzt die Zeit gekommen ist, da die internationale Gemeinschaft sich einzumischen habe, wenn die fundamentalen Menschenrechte einer Bevölkerungsgruppe „aufs schwerste verletzt werden“. Carlsson: „In Zukunft sollten wir sagen können - ja, es ist ein interner Konflikt, aber es ist nicht deine innere Angelegenheit.“ Wenn die internationale Gemeinschaft diesem bereits sichtbaren Trend folgen wolle, müsse sie dafür sorgen, daß die UNO-Charta entsprechend geändert werde.

Die Carlsson-Kommission schlägt vor, daß die UNO ein Präventiv-

strument schafft. Einen Rat, der schon früh Hinweise auf gefährliche Entwicklungen in einem Land gibt und der dann unverzüglich eine Untersuchungskommission in Marsch setzen kann, um den Klagen nachzugehen. Durch solche Demonstrationen internationaler Sorge könne man einige Konflikte schon im Ansatz verhindern. In Bosnien kamen die präventiven Maßnahmen der UNO zu spät, aber in Mazedonien funktioniert das Rezept.

Wo es schon brennt, möchte die Kommission nicht mehr die üblichen UNO-Kontingente einsetzen. Man ist zurückgekommen auf die Überlegungen aus den Gründerjahren der UNO. Eine schlagkräftige gutausgerüstete UNO-Freiwilligen-Armee soll her. Ein innerhalb von wenigen Tagen einsatzbereites Instrument der Friedensstiftung soll dem Sicherheitsrat und dem UNO-Generalsekretär zur Verfügung stehen. Daß es heutzutage Wochen und Monate von der Resolution bis zum Einsatz dauere, sei „politisch und operativ unannehmbar“.

Dazu bedarf es nun wieder eines anderen Sicherheitsrates. Das jetzige Gremium wird noch von den fünf Siegermächten des Zweiten Weltkriegs dominiert. Ein Veto kann jede notwendige Aktion aushebeln. Nach fünfzig Jahren zeige der Sicherheitsrat „Alterserscheinungen“, meint Carlsson. Da es unwahrscheinlich sei, daß die Fünf ihr Vetorecht so ohne weiteres aufgeben, müsse man wenigstens den Rat ändern. Die Kommission schlägt die Erweiterung um fünf Ständige Mitglieder vor, zwei aus den Industriestaaten, je eins aus Entwicklungsstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dazu die Erhöhung der Nichtständigen Mitglieder von zehn auf dreizehn. Carlsson: „Es kann kein Zweifel sein, daß ein repräsentativer und demokratischerer Sicherheitsrat ein wesentlich effektiveres Gremium sein würde.“

Dieser neuen „Weltregierung“ soll eine internationale Gerichtsbarkeit mit erheblich erweiterten Kompetenzen und ein wirtschaftlicher Sicherheitsrat, der die durch internationale Finanzströme hervorgerufenen Erschütterungen entschärfen soll, zur Seite gestellt werden.

Die Kommission will das nicht als ferne Zukunftsmusik verstanden wissen. Sie fordert eine „Weltregierungskonferenz“ schon für 1998. Dann sollen Beschlüsse fallen. Um die Jahrtausendwende könnten sie ratifiziert sein und in Kraft treten.



Der blaue Planet geschützt von der Friedensmacht UNO: Nicht nur Schwedens Premier Carlsson will, daß dieser Traum Realität wird.

Kohl und Mitterrand planen „historische Geste“ zum 50. Jahrestag

Bonn - Die Bundesregierung bereitet derzeit gemeinsame Gedenkfeiern mit den Staats- und Regierungschefs der Kriegs-Alliierten aus Anlaß des 50. Jahrestages der deutschen Kapitulation im Mai vor. Im Mittelpunkt stehe für Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) dabei der Wunsch des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, als eine Art „Vermächtnis“ ein Zeichen für den Frieden zu setzen, hieß es gestern in Bonner Re-

gierungskreisen. Mitterrand scheidet Mitte Mai nach 14 Jahren an der Spitze des Staates aus dem Amt. Auch Spitzenpolitiker aus Großbritannien, den USA und Rußland sollten in die Feiern einbezogen werden, hieß es - als historische Geste der Aussöhnung. Kohl will nach dem derzeitigen Stand der Planungen am Abend des 6. Mai auf Einladung des britischen Premierministers John Major an einem Ge-

denkgottesdienst in London teilnehmen. Am Tag darauf ist eine nicht-militärische Gedenkfeier in der britischen Hauptstadt vorgesehen. Am 8. Mai ist vormittags eine ebenfalls nicht militärisch geprägte Feier in Paris geplant, am Nachmittag folgt ein Staatsakt in Berlin. Mitterrand will auch beim Gedenken in der deutschen Hauptstadt teilnehmen. Für den 9. Mai hat die russische Regierung zu einer Ge-

denkfeier nach Moskau eingeladen. Die Teilnahme an der Gedenkfeier nach Moskau ist ebenfalls noch nicht sicher. Präsident Al Gore hat ebenfalls an der Gedenkfeier teilgenommen.

-> PS: Die Wahl des Wortes >Weltregierung< in der Überschrift ist typisch deutsch (& autoritär).

Heinrich Mann hätte dies wohl „wilhelminischen Untertanengeist (bzw. -geistlosigkeit) genannt

Weltenbürgertum & Kosmopolitisch streichen eine (goetheanische) Welt-Föderation und eine multikulturelle Weltrechtsstaatlichkeit an, wovon im Zuge globaler

Gewaltentrennung (& Dreigliederung) „Weltregierung“ nur ein Bestandteil wäre...

SMS

ntliche
en-
all-
in-
ih-
ote
or-
ra-
@1
le-
er
es-
ge-
ng
an
vir
en,
he

les
st,
ge-
us.
Su-
rri-
ns
An-
ur
em
las
ers
fs-
ch
er-
ler
en.
ch
re
en
sie
la-
in-
en
as-
ei-

la-
AF
Z-
ie-
te
hin-
on
en
im
ich
atz
sti-
m-

ler
be-
auf

PPS: Der korrekte Name dieser Kommission lautet > Commission for Global Governance < (Kom. für Fragen Globaler Regierbarkeit).

Näheres - siehe Interview auf der Rückseite.

SMS